

Macht errichtete, die einzig mögliche und notwendige Alternative zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus verwirklicht.

War schon die Gründung des westdeutschen Separatstaates von den Klasseninteressen des Monopolkapitals diktiert und entgegen den Interessen der Nation vollzogen worden, so diente auch der Ausbau der politischen Macht in Westdeutschland den Klassenzielen der herrschenden imperialistischen Kräfte und ihrer gegen die Nation gerichteten Politik. Unmittelbar nach der Gründung des westdeutschen Staates begann — den Zweck dieser Staatsgründung offenbarend — die Wiederaufrüstung, wurden die unheilvollen Traditionen des deutschen Militarismus wieder aufgenommen. Den entscheidenden Schritt zur Preisgabe der Interessen der Nation vollführten die imperialistischen Machthaber in Westdeutschland mit dem Abschluß der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954. Um die Herrschaft des Imperialismus auf westdeutschem Boden zu verewigen und zur Verfolgung seiner expansionistischen Ziele besiegelten die Pariser Verträge die Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Pakt und die unbefristete Besetzung Westdeutschlands durch Truppen der Westmächte. Nach imperialistischer Auffassung soll nur durch die Eingliederung ganz Deutschlands in das imperialistische Paktsystem eine Wiedervereinigung möglich sein, und die westdeutsche Regierung ließ sich dafür von den Westmächten den Alleinvertretungsanspruch bestätigen.

Mit Hilfe des westdeutschen Staates wurde der Konzentrationsprozeß des Kapitals gefördert, und mit der zunehmenden Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen weniger Monopolgruppen erfolgte der Ausbau des westdeutschen Staates als Instrument der verschärften Expansion und Aggressivität nach außen, der verschärften Diktatur nach innen. Dem unverhüllten Streben nach der Vorherrschaft über Westeuropa, nach Annexion der Deutschen Demokratischen Republik und von Gebieten anderer sozialistischer Staaten, nach der Verfügungsgewalt über Kernwaffen entspricht die formierte Herrschaft des Finanzkapitals im Innern, die durch Notstandsgesetze, Militarisierung des öffentlichen Lebens und geistige Manipulierung der Menschen gekennzeichnet ist. „Die westdeutsche Großbourgeoisie hatte vor 20 Jahren durch einen Staatsstreich Deutschland gespalten, um Westdeutschland wieder zu militarisieren. Heute ist sie auf dem Wege, durch Revanchepolitik und Atomrüstungspolitik die Existenz der ganzen Nation aufs Spiel zu setzen.“²

Das westdeutsche Monopolkapital vermochte das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu perfektionieren, weil es sich dabei auf die Hilfe führender Kräfte der Sozialdemokratie stützen konnte. Im Godesberger Programm hatten diese dem Marxismus abgeschworen — angeblich um den Durchbruch zur „Volkspartei“ zu erringen, tatsächlich um sich als „staats-erhaltende Kraft“ bei der Großbourgeoisie anzubiedern und zu gegebener Zeit mitregieren zu dürfen. Vor 10 Jahren war noch der „demokratische Sozialismus“ als vorgebliche Alternative zur Politik der CDU/CSU propagiert worden; inzwischen ist daraus Alternativlosigkeit zur imperialistischen Politik geworden, und sozialdemokratische Minister bewähren sich als Erfüllungsgehilfen der staatsmonopolistischen Herrschaft. Wer sich — wie die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie — das alte revisionistische Konzept zu eigen macht, Demokratie und Sozialismus als im imperialistischen Staat erreichbar zu propagieren, und an Stelle des Kampfes um die politische Macht der Arbei-

terklasse den Antikommunismus zur Hauptaufgabe erklärt, macht sich zum Hilfsorgan der Diktatur der Monopole, integriert sich selbst in den imperialistischen Herrschaftsmechanismus.

Der Ausbau des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und auch die Einbeziehung sozialdemokratischer Minister in die Expansionspolitik führt jedoch zur Verschärfung der dem imperialistischen System innewohnenden Widersprüche. In der westdeutschen Arbeiterklasse, in der Jugend und der Intelligenz wächst die Erkenntnis, daß die Politik der westdeutschen Regierung ihren Lebensinteressen widerspricht, entwickelt sich die Bewegung gegen die Bonner Expansionspolitik und für die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Existenz des sozialistischen Staates deutscher Nation, seine zunehmende Stärke und Anziehungskraft sind der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften in Westdeutschland eine große Hilfe im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, gegen die Revanche- und Aggressionspolitik und für demokratische Veränderungen in der Bundesrepublik. Gescheitert ist die Politik des westdeutschen Monopolkapitals, die Deutsche Demokratische Republik ihrem Herrschaftsbereich einzugliedern, und auch die mit Hilfe sozialdemokratischer Minister betriebene „neue Ostpolitik“ vermag das Rad der Geschichte nicht rückwärts zu drehen. Die Aktionsmöglichkeiten des westdeutschen Imperialismus werden durch die Deutsche Demokratische Republik, ihre Erfolge beim sozialistischen Aufbau und ihre aktive Friedenspolitik immer mehr eingeengt. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik handeln im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung, indem sie sich für die allseitige Stärkung des sozialistischen deutschen Staates einsetzen, der die Zukunft der ganzen Nation verkörpert.

Wachsende Bedeutung des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus

Nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben, sind wir in die zweite Phase der sozialistischen Revolution eingetreten. Wie auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herausgearbeitet wurde, geht es darum, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und die wissenschaftlich-technische Revolution zum Nutzen des Volkes zu meistern. In seinem Referat auf dem VII. Parteitag betonte Genosse Walter Ulbricht: „In der Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, da die vollständige Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, die Meisterung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und die Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur auf der Tagesordnung stehen, gewinnt der Staat auf neue Weise an Bedeutung.“³

Der strategischen Zielstellung für die Vollendung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik liegt die Erkenntnis zugrunde, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab. Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln sich alle Elemente des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus auf der Grundlage des Sozialismus. Die volle

2 Walter Ulbricht, „Festigen wir die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, stärken wir den Internationalismus!“, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 11.

3 Walter Ulbricht, „Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 74.